

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 25 Goldpfennig
Einzelnummern 15 Goldpfennig (nur gegen Voreinsendung
des Betrags)

Verantwortlicher Schriftleiter: Paul Haase
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adelsstraße 16
Fernsprecher Nr. 8800 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Der Leidensweg des Ruhrproletariats

Der Widerstand der kapitalistischen Kriegsverlierer gegen die Erfüllungspolitik hat die Ruhrbesetzung gebracht, sie hat zumindest dem Fremdling sein Vorhaben außerordentlich erleichtert. Dieselben „bewährten Wirtschaftsführer“, die im Kriege glaubten, fast die ganze Welt überwinden zu können, die sich nachher selbst an den Folgen ihrer falschen Rechnungen vorbeizudrücken gedachten, „bewährten“ sich abermals glänzend, als sie ausrechneten, die Franzosen würden alsbald wieder wie begossene Büdel aus dem Ruhrgebiet abziehen, wenn sie nicht gleich voll zu dem kämen, was sie sich zum Ziel gesetzt. Ein französisches Blatt traf die Lage damals ziemlich richtig, als es nachstern darlegte, Frankreich sei ein mehr oder weniger abgewiesenes Land, es sei nicht so sehr auf den Ertrag seiner Industrie angewiesen als Deutschland und könne es infolgedessen bei dem Widerstand länger ausfallen.

Da aber die „schweren Patrioten“ an der Ruhr vielfach weniger mit einem ruhigen, untätigen Widerstand rechneten, als vielmehr mit einer etwas geräuschvolleren „nationalen deutschvolkischen“ Erhebung, bei der Tausende Franzosen „in den Schacht“ gehen sollten, und da für eine solche „Stimmung“ noch nicht Trara und Blechmusik genug gemacht war, wurde der „Widerstand“ immer noch länger hinausgezogen. Als dann der zweite Zusammenbruch endlich doch kam, wußten die Prozentpatrioten nichts eiligeres zu tun, als für sich das Mögliche zu retten. Die erst gegen jede Erfüllungspolitik waren, überboten sich jetzt in der Abschließung von schwer bedingenden Verträgen, um nur nicht von anderen Kapitalgruppen überholt zu werden.

Und die ganze Ungunst der verhängnisvollen Verträge sollte dann wieder, soweit es nur gehen wollte, die armen Schichten des Volkes treffen, die Arbeiter und Angestellten. Der erste Frankreichschlag galt dem Achtstundentag, den die Kapitalisten mit einem frechen Sprung zu rauben gedachten. Als es nicht ganz so kam, wie es die Stippcharta vorhatte, geisterten die Unternehmersekretäre vor Wut. Dann kamen die Massenentlassungen gegen Tarif und gegen allgemeines Recht. Einst donnerten die kapitalistischen Schuldbücher mit strengen Römernamen das Wort gegen die bösen Sozialisten, daß die Justiz die Grundlage der Staaten sei und es bleiben müsse, wenn auch die Welt zusammenbräche. Als aber bei uns der „Besitz“ in Gefahr geriet, nach Gesetz und Recht bei der Reparationsleistung mit herangezogen zu werden, erlebten die Arbeiter im Ruhrbezirk das verblüffende Schauspiel, „daß Deutschlands Kapitalgetreuester Sohn auch sein — ärmerer — Sinnes ließ sich an den Gewerbegerichten sozusagen als „armer Mann“ zeigen. Ganze Scharen von Arbeitern lagten auf Schönbenerstraße wegen unberechtigter Kündigung und Entlassung. Die Kapitalgesellschaften, Eisenwerke wie Zechen, kamen da in der Regel mit dem Einwand aus § 323 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der von der Unmöglichkeit der Leistung handelt. Die Vertreter der Eisenwerke jammerten so über ihr geldliches Nichtkönnen, daß es nicht verwunderlich gewesen wäre, wenn irgend ein Schwerkriegsbeschädigter den Kapitalisten eine — Drechorgel zur kühnen Prüfung ihres Lebens gestiftet hätte, nach den Worten des österreichischen Dichters Wildgans etwa: „Immer gibt es noch Armeere als wir!“ Die Gewerbegerichte haben Vergleiche angebahnt und auch durch eingeholte Gutachten erfahren, daß die finanzielle Lage der Schwerindustrie doch nicht derart sei, wie sie sie selbst himmeln. Ein Teil der Klagen geht ans Landgericht. Soweit auf den Zechen beschäftigte Arbeiter in Frage kommen, sind die Berggewerbegerichte zuständig. Diese gelten bei den Arbeitern als rechte Stiefbrüder des Gewerbegerichts. Vorstände der Berggewerbegerichte sind die Berggerichte, die oft erstaunliches soziales Unverständnis äußern und von Rechtsgarantien zuweilen kaum eine Spur übrig lassen. Ein Fall. Einem Angestelltenrat war ohne Einwilligung des Betriebsrats gekündigt worden und auf drei Viertel seines Gehalts gesetzt. Das Berggewerbegericht erkannte einfach, daß erhebliche Arbeiterentlassungen einer teilweisen Stilllegung des Betriebes gleichzusetzen seien und daß in solchen Fällen bei der Entlassung von Betriebsräten die Zustimmung des Betriebsrates nicht erforderlich sei. Der Kläger wollte die Vergütung der Entscheidung, um es möglich zu machen, daß die Angaben der Zeche über ihre finanzielle Leistungsummöglichkeit nachgeprüft werden könnten. Der Gerichtsvorsteher frug da einfach den Zechenvertreter, ob er seine Angaben beschwören könne und wies dann die Klage auch schon ohne Eid kurzerhand ab.

Aus angeblichem geldlichen Unvermögen werden Betriebsräte entlassen, diktatorisch wurden zeitweise den Angestellten die Gehälter ebenso erheblich gekürzt wie den Arbeitern die Löhne, und weiter wurden viele Arbeiter um ihr tarifmäßiges Recht auf die Urlaubstage gebracht. Bei dem passiven Widerstand gingen viele „arme“ Unternehmer auf die fetten Ruhrweide, die Arbeiter wurden der Erwerbslosenhilfe zugewiesen und später zum Teil entlassen. Die Gerichte urteilten dann vielfach so, daß der Urlaub als Teil des Lohnes hingestellt wurde. Als es nur die paar Mark Erwerbslosenunterstützung gab, wurde kein Lohn gezahlt. Damit galt dann auch die Wartezeit für den Urlaub als abgerissen, die Arbeiter wurden um ihr Recht betrogen.

So hagelten denn in der letzten Zeit die schweren Schläge auf die Arbeiterschaft und die Angestellten der Ruhrbevölkerung. Achtstundentag, Massenentlassungen, Lohn- und Gehaltskürzungen, Urlaubsraub, Maßregelungen der Betriebsräte, das sind die Hauptleiden, zu denen noch viele andere Drangsalierungen kommen.

Arbeiter sind schon oft in böse wirtschaftliche Bedrängnisse gekommen, wenn sie einen Vertrag eingingen, den sie später nur schwer oder gar nicht halten konnten. Ja, wenn auch nur die Frau in Abwesenheit des Mannes ein Bierwert bestellte, das der Mann gar nicht haben wollte: ob der Arme zahlen konnte, stellte gar bald der — Gerichtsvollzieher fest. Der pfändete, was es eben gab. Aber, nicht wahr, der Gerichtsvollzieher ist es hergebrachterweise gewohnt, nur zu armen Leuten zu gehen, zu den Gesellschaftern von Kladderhansen, Thyssen und Stinnes getraute er sich nicht. So wird wieder durch die Folgen der Wicunverträge denen noch zum Erbarmen genommen, die doch schon fast ganz naakt und bloß waren, auf daß die das „Ihre“ behalten könnten, die im Ausbeuterbesitz sind und damit bis heute noch immer im „Recht“. Wir aber verlangen, daß der Gerichtsvollzieher auch endlich mal den Weg in die Willen der Reichen findet; ob die kapitalistischen Gesellschaften die tariflichen und sonstigen gesetzlichen Verpflichtungen erfüllen können, das kann unmöglich daran hängen, ob sie auch fürderhin in dem gewünschten und beliebigen Umfang in ihre Geldschränke schneit können, es muß ebenso wie bei ärmeren Leuten durch den Gerichtsvollzieher festgestellt werden.

Aber die Kapitalisten haben ja allezeit die Justiz zu ihrer Dure machen wollen:

„D steht mit doch die Augen, fallen Leute, wie sie mit einem Walle von Gezeiten sich wohlverwahrt gegen allen Andrang der schreien überläufigen Hungerleider, die mit dem letzten Demde unterm Arm langsam und leuzend nach dem Verghaus wandern.“

So heißt es im Raekiff bei S. Heine. Man kann gespannt darauf sein, wie sich die Landgerichte als Berufungsinstanz auf dem Rechts- und Tarifrecht der Unternehmer im Ruhrbezirk stellen. Steht eine arme Frau aus Hunger ein Brot, dann ist ja die Rechtslage für die Justiz gleich „klar“: „Bereit sind Richter, Henker, Stricke, Galgen!“ Macht darum doch nicht mit den kapitalistischen Gesellschaften soviel Federlebens: ist nicht genügend Geld flüssig zu machen, dann müssen die Kapitalisten eben Teile des Besitzes veräußern oder verpfänden, und wenn sie das aus ideenmässigen Gründen (halt' fest, was du hast!) nicht wollen, dann hat das Gericht eben die Vollstreckung zu bewirken, nachdem es festgestellt hat, daß die Kapitalisten Recht und Tarif nicht geachtet haben. Der Bruch haben die Unternehmer ja zugegeben, sie kamen nur wieder mit dem bei W ächtigen gewohnten Einwand, daß Not kein Gebot kenne, ein Satz, den eine hohe Justiz ja bei wirklich notleidenden, bei armen Leuten laun je gelten läßt. Von einer Not, die es verhinderte, daß armen Arbeitern geringe Lohnbeiträge ausgezahlt werden könnten, kann im Ernst bei den Kapitalisten gar keine Rede sein. Was sie vorbringen lassen, sind geistliche Knifflichkeiten und gewalttätige Vergerungen, es wird nie, nie zum lebendigen Recht!

Eins wird durch dies Leidensbild der Arbeiterschaft des Ruhrbezirks wieder erneut deutlich: auf das Geseire von den „bewährten Wirtschaftsführern“ darf nichts gegeben werden, soweit es sich um kapitalistisch ausgeprägten Eigenschaften handelt. Diese „bewährten“ Wirtschaftsführer waren in der Kriegs- wie in der Nachkriegszeit für die Arbeiterschaft lebensgefährlich. Sie stürzten und stürzen in der Wirtschaft um ihrem alten überholten Katschismus, so wie es nach dem Wort eines Naturforschers der „liebe Gott“ tun würde, wenn er „dröben“ mit seiner „bewährten“ Willkür die Naturgesetze durcheinanderwerfen würde.

Und dann zeigen unsere Bilder, daß nötiger denn je der einheitliche Zusammenschluß der Leidenden und geplagten Arbeiter ist, zu Schutz und Trutz und zur Anbahnung der besseren Wege für die gesellschaftliche Entwicklung auch in der Wirtschaft. Jeder mag seine Meinung haben, was das Beste sei, aber ein Fortschritt ist nur möglich, wenn die Abwehrkraft nach einer Richtung drängt und sich nicht verzerzt. Wenn die Arbeiter dies mehr erkennen, dann ist die Zeit gar nicht fern, wo mit dem gemeinschaftlichen kapitalistischen Unternehmertum besser Fraktur geredet werden kann. Aber nur dann! W. S.

Sozialisierungsanfänge in Osterreich

Von W. Ellenbogen.

Was eine sozialistische Minderheit vollbrachte.

Es war eine politische, keine soziale Revolution, die die österreichische Sozialdemokratie durchführte, als sie nach dem Waffenstillstand die Habsburger des Landes verwies. Sie konnte am ehesten erfolgreich sein, wenn sie vorerst versuchte, solche Formen sozialistischer Industrien einzuführen, die ihre Überlegenheit im Kampf mit der Außenwelt zu beweisen haben. Der sozialdemokratischen Partei war klar, daß diese Versuche in einer feindlichen, kapitalistischen Umgebung zu machen seien und daß Fehler unvermeidlich wären, zumal die kriegerische Niederlage die wichtigsten Voraussetzungen einer erfolgreichen Sozialisierung, nämlich den Überfluß von Gütern und die labilste industrielle Maschinenrie zerstört hatte.

Durch Gesetze wurden eine Sozialisierungskommission und die Einrichtung der Betriebsräte geschaffen. Die Arbeiterkammer und die Gewerkschaften unternehmen die Ausbildung der Betriebsräte in technischen Fragen, Wirtschaft, Buchführung, Handelsgesetze usw. Wie wirksam diese Räte in moralischer und technischer Hinsicht sind, zeigt die Tatsache, daß sie die Arbeiter zu überzeugen vermochten, freiwillig Überstunden und Sonntagsarbeit zu leisten. Ohne solche Weheleiung wäre es unmöglich gewesen, in der schwierigsten Zeit, im ersten Jahre nach dem Kriege die Warenerzeugung anzukuhnen zu erhalten und die Krankenhäuser und Schulen im Gange zu halten. Denn es war nur der Überzeitarbeit in den Bergwerken zu verdanken, daß die Fabriken, Schulen und Krankenhäuser mit Kohlen versehen werden konnten.

Im weiteren hatten wir das Gesetz für gemeinnützige Gesellschaften (Public Utility Companies), das den Kern unserer Sozialisierungsbestrebungen bildete. Diese gemeinnützigen Gesellschaften sind die Keimzellen einer künftigen sozialistischen Ordnung. Sie sind zurzeit unabhängige Unternehmungen, die nach kaufmännischen Grundsätzen arbeiten und von einer oder mehreren Behörden (Staat, Provinz oder Gemeinde) errichtet werden. In ihrem Direktorium sitzen nicht bloß die Vertreter dieser Behörden, sondern auch die der eigenen Angestellten und der Verbraucher. Die letzteren indes bestehen aus Käufern der Fertigprodukte und der Fabrikanten, die die Produktion ein Stück weiter vervollständigen, daher in einigen Fällen Privatkapitalisten.

Keine Profitmacherei.

Privater Profit ist begrenzt. Der Reingewinn wird verteilt nach bestimmten Regeln, nachdem die notwendigen Abschreibungen für Reserve, Entwertung usw. gemacht sind. Ein Gewinnanteil von 5 v. H. wird auf das Aktienkapital gezahlt, der Rest des Überschusses wird verteilt zwischen den Arbeitern und dem leitenden Personal einerseits und den Behörden andererseits. Die Hälfte des Anteils der Arbeiter muß jedoch von dem Betriebsrat für ihre allgemeine Wohlfahrtswende (Berufungsheim, Schulen, Büchereien) verwendet werden, und gegenwärtig wird der ganze Gewinnanteil hierauf verwendet.

Es gibt zwei Arten gemeinnützige Gesellschaften: Solche, in denen das Kapital von Behörden oder anderer gemeinnütziger Gesellschaften angelegt ist, und solche, in denen Privatkapitalisten ebenfalls einen Anteil haben. In den letzteren trägt der Staat, der für die Führung einer Industrie vollständig unfähig ist, Kenntnis und Geschick von erfahrenen Geschäftsleuten für die öffentliche Wohlfahrt. Auf diese Weise werden Privatkapitalisten öffentlicher Unternehmung zugeführt. Um in dieser Hinsicht eine Waise zu haben, ermächtigt der § 37 des Gesetzes die öffentlichen Körperschaften, bis zur Hälfte des Aktienkapitals alles zu dem niedrigsten Preisangebot aufzukaufen, wenn immer ein neues Unternehmen begonnen wird, oder das Kapital eines alten erhöht wird. Auf diese Weise können sich Staat, Provinz oder Gemeinde einen Weg in die Privatindustrie allmählich, planmäßig bahnen, ohne den zuweilen empfindlichen Produktionsprozeß zu stören.

Wie aber wirken sich diese Theorien in der Praxis aus? Wir können sagen, daß die Ergebnisse fast ausnahmslos zufriedenstellend waren, soweit sich nach einer vierjährigen, inmitten einer sehr ersten Wirtschaftskrise gemachten Erfahrung urteilen läßt. Eine Schufabrik wurde errichtet, die gegenwärtig laufend Schuhe täglich und 60 v. H. billiger als der Marktpreis liefert. Eine Drogefabrik hat sogar eine noch größere Verbilligung verschiedener Arzneien erreicht und so dem Staate und der Stadt Wien alljährlich viele Millionen Kronen erspart, indem sie deren Krankenhäuser mit wohlfeileren Arzneien versorgte. Weiter bestehen Werke, wo Motoren hergestellt und repariert werden, wo Wasserkraft verwertet wird, wo Bankstoffe erzeugt und den zahlreichsten Steuergesellschaften billig geliefert werden, wodurch es der Stadt Wien ermöglicht wurde, ihre Häuser um viele Hundert neue zu vermehren.

Alle diese gemeinnützigen Gesellschaften bringen nach Abzug des Anteils der Arbeiter dem Staate wie den anderen beteiligten Behörden einen Reingewinn, zum mindesten aber versorgen sie die Bevölkerungsmittelglieder wie die anderen Einwohner mit billigen Waren. Der sogenannte Holzmarkt ist eine gemeinnützige Gesellschaft, die Ausfuhr, Einfuhr und Beförderung des Holzes kontrolliert. Gesellschaften, wo der Staat mit Privatkapitalisten zusammenwirkt, sind die Kupfer- und Zinnwerke im Arzenal, die chemischen Werke zu Sollenau und die Kohlenzechen im Haidatal.

Widerlegung eines Märchens.

Der größte Sozialisierungsversuch ist der mit dem Arsenal. Dieses Werk, das die ausgebeutete Munitionsfabrik der früheren Monarchie war, erzeugt heute unter dem Namen Österreichische Werke Güter für friedliche Zwecke. Gleich nach dem Kriege wurde versucht, es in ein staatliches Unternehmen im gewöhnlichen Sinne umzuwandeln. Dies schlug trotz hoher staatlicher Zuschüsse fehl. In dem Augenblick, wo es in eine gemeinnützige Gesellschaft umgewandelt ward, wurde ein Teil der Belegschaft von einem wahrhaftigen religiösen Eifer erfaßt. Heute, nach dreißigjährigen anstrengenden Anstrengungen und Kämpfen gegen überwältigende Widerstände, ist das Räderwerk überstanden und die Organisation wie die Produktion befinden sich im Aufstieg.

Das Unternehmen hatte sich der rücksichtslosen Feindschaft der Privatindustrie und der Banken als auch der christlich-sozialen und großdeutschen Koalition zu erwehren, welche letztere zwei Parteien inwieweit an die Regierung gekommen sind. Schließlich erwies sich auch das Durcheinander sehr nachteilig, das naturgemäß entsteht bei der Umwandlung einer Fabrik für Fortbewegungsmittel in eine, die Pflüge, landwirtschaftliche Maschinen, Motoren, Wagen und Haushaltungsgegenstände erzeugt. Die 3000 Arbeiter konnten diese Umwandlung vollbringen dank ihrer Disziplin und ihres Fleißes, also der Tugenden, die der sozialistischen Überzeugung entspringen. Selbst ein großes kapitalistisches Blatt schreibt von „der hohen Achtung, die einem eingeholt wird durch das, was die Arbeiter und das leitende Personal des Arsenals vollbracht haben.“ Damit ist durch die Wirklichkeit das Märchen von der allgemeinen Favelzerrei im sozialistischen Staate widerlegt.

Es ist lehrreich, einen Vergleich anzustellen zwischen dem Arsenal und jenem Versuch der Regierung, eine andere Munitionsfabrik, die zu Wöllersdorf, in ein privatkapitalistisches Unternehmen umzuwandeln. Während des Krieges waren dort 40 000 Leute beschäftigt. Sie wurde einer der größten Industriegesellschaften, der Berliner Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft zu äußerst günstigen Bedingungen mit einer staatlichen Beihilfe von einigen Millionen Kronen überlassen. Nach sechsmonatigem Versuch brach das neue Unternehmen zusammen.

Die Vorteile unserer Verfahren selbst für den kapitalistischen Staat springen in die Augen. Wenn er vertrauenswürdig und fähig Leiter ernannt, kann er Gewinn einstreifen, ohne einen Finger zu rühren, kann er auf vernünftiger Weise als durch Bekräftigung seine Finanzen verbessern und gleichzeitig seine sozialen Dienste ausdehnen, die Bevölkerung mit billigen Waren versorgen, was gleichfalls ein sozialer Dienst ist.

Gewiß muß der Staat im Anfang geldliche Beihilfe leisten, aber 16 Unternehmen haben den österreichischen Staat in vier Jahren nicht mehr als 250 000 Pfund (6 Millionen Goldmark) gekostet, und ein Teil dieser Summe ist nicht als Beihilfe, sondern als Aktienkapital oder als tragendes Darlehen zu betrachten. Staatliche Darlehen wären nicht gebraucht worden, wenn die Banken nicht ihren Haß

gegen die Sozialisierung durch Verweigerung von Anleihen betätigt.
In den letzten Jahren hungerien 300 Millionen Menschen in Mitteleuropa, und viele sind buchstäblich verhungert, während in Amerika Schiffsladungen von Mais und Weizen verrotten. Diese echte kapitalistische Produktionsanarchie mit all ihrer Grausamkeit muß in dem Maße verschwinden, wie der sozialistische Grundgedanke in den öffentlichen Produktionsmitteln an Boden gewinnt, das heißt, in dem Maße, wie die Warenherstellung für den Bedarf betrieben wird. Viele der gemeinnützigen Gesellschaften sind völlig für den Bedarf der Arbeiter eingerichtet, was dadurch bewerkstelligt wurde, daß die Gewerkschaften in der Zeitung vertreten sind und so die Anpassung der Produktion an den Bedarf sichern.
Die jetzige (bürgerliche) Regierung steht diesen Versuchen feindselig gegenüber. Nichtsdestoweniger hat der Gedanke Fuß gefaßt, daß die staatlichen Unternehmungen von der Bürokratie befreit werden und das Personal Anteil an der Leitung haben muß. Wie man sieht, hat die Sozialisierung in Österreich ihre großen und unbestreitbaren Erfolge durch ihre vorläufigen Methoden errungen. Wer immer überzeugt ist, daß die Entwicklung zum Sozialismus gesellschaftlich unausweichlich ist, der sollte danach trachten, der Menschheit unnötige Konflikte zu ersparen, und der muß darum vorerst die Schaffung solcher freiwilligen sozialistischer Produktion fördern. Die Drogen der kapitalistischen Welt, das Kapital würde auswandern, braucht nicht ernst genommen zu werden. Das österreichische Beispiel zeigt, daß die Sozialisierung, ohne die geringste Störung der Erzeugung durchgeführt werden kann...
(Übersetzt aus dem New Leader, London.)

Kemischeid

Eine der Vermittlungsstellen, mit welcher sich der Vorstand seit einigen Jahren dauernd beschäftigt, ist Kemischeid. Es gibt nur wenige Vermittlungsstellen, wo sich die politischen Gegensätze in der Gewerkschaft derartig ausbilden, wie gerade hier, denn der Boden war dafür sehr günstig. Bis zum Jahre 1914 war es nicht möglich, die Mitgliederzahl über circa 3000 trotz größter Anstrengung zu steigern, und im Jahre 1915 ging die Zahl auf circa 900 zurück. Auch die in Kemischeid außerordentlich stark sich entwickelnde Kriegsindustrie, wodurch die Arbeiterzahl mindestens auf Fünftelhöhe gehalten wurde, konnte diesen Rückgang nicht aufhalten. Erst im letzten Abschnitt des Krieges ging es vorwärts und bis Ende 1919 stieg die Mitgliederzahl auf annähernd 19 000 Köpfe.
Bis zum Herbst des Jahres 1920 hat es besondere Differenzen in der Mitgliederzahl Kemischeid nicht gegeben. Ohne Parteivorteil wurde einträchtig zusammengearbeitet. So wurden u. a. zwei Geschäftsführer und ein besoldeter Unterkassierer angestellt, die politisch zur SPD gehörten, ohne daß die gewerkschaftliche Arbeit gelitten hätte. Dann aber wurde es anders. Eingegen dem Beschluß des Stuttgarter Verbandstages und den Richtlinien des erweiterten Rates wurde in einer Generalversammlung im Oktober 1920 gegen die Ortsverwaltung beschloffen, die Betriebsräte der „Haller“ Zentrale anzuschließen. Da die Ortsverwaltung diese Verbandsmaßnahme nicht mitmachen wollte, stellte sie ihre Ämter zur Verfügung und die Kommunisten und jontigen Anhänger der dritten Internationale übernahmen die Führung.
Auf Beschluß der SPD-Fraktion wurde der Kollege Pöh für das Jahr 1921 zum ersten Bevollmächtigten gewählt und die ganze Tätigkeit der Ortsverwaltung stand nunmehr unter Kontrolle der SPD, deren Vorsitzender Pöh auch noch war. Die Mitarbeit aller nichtkommunistischen Kollegen wurde systematisch ausgeschaltet und die Besprechungen waren ausgefüllt mit parteipolitischen Auseinandersetzungen. Die Beteiligung am Verbandsleben trug den alten übergangenen Gewerkschaften nur Verwirrung und Verleumdung ein, so daß viele von ihnen aus den Besprechungen ferngeblieben sind. Dringende Kollektiv- an den Vorstand, Anträge auf Anschließung an eine andere Verwaltungstelle für die mitgliederten Kollegen u. dergl. veranlassen den Vorstand zu einer Aussprache mit der Ortsverwaltung. Nach hundertmaligen Verhandlungen gab die Ortsverwaltung eine Erklärung ab, daß sie sich nicht durch fraktionelle Bestrebungen der SPD leiten lassen werde, ja sie wolle an jedem Ort und zu jeder Zeit für eine fraktionsübergreifende in Gewerkschaften stehen; sie verspricht, die Mitarbeit der politisch anders gesinnten Kollegen herbeizuführen. Von dieser Versprechung ist nichts gehalten worden und der einzige, welcher sich für eine Einhaltung einsetzte, mußte selbst über die Dinge springen. Das war der erste Bevollmächtigte Pöh.
Damit war auch die Stellung Pöh als erster Bevollmächtigter des DMS verwickelt, denn die Partei verließ im Hinblick an den Hinweis, daß jeder Angehörte, der seinen Platz dem Einfluß der Kommunisten verleiht, rückwärts schreitet, wenn er die Beschlüsse der Partei nicht durchführt.
Gegen den Beschluß der Generalversammlung wurde Pöh beschuldigt, während an den Vorstand, der erklären wollte, daß Pöh bis zum Ablauf seiner Amtsperiode die Geschäfte führen müsse, denn nicht eine einzige Besprechung war gegen seine Aufsicht an den Vorstand gelangt. Daraufhin erhielt ein Streiktrupp von circa 20 Personen auf dem Wege des DMS und ließ Pöh fünf Minuten lang am Arbeitsplatz, andererseits mit Gewalt nachgeholfen wird. Gegenüber steht der zweite Bevollmächtigte dagegen, ohne ein Wort des Einwands gegen sich handhabendes Verhalten.
Angefaßt solcher Zustände sah sich der Vorstand genötigt, einen Kollegen nach Kemischeid zu entsenden, der im Hinblick mit der Ortsverwaltung für ein gewerkschaftliches Arbeiten Sorge tragen sollte. Zur Einführung dieses Kollegen betraf der Vorstand eine Ortsverwaltungsstelle in Kemischeid ein. Das geschah im Einverständnis mit der Geschäftsleitung. Die meisten Mitglieder der Ortsverwaltung weigerten sich trotz wiederholter Aufforderungen zur Sitzung zu kommen. Nicht etwa, daß es ihnen an Zeit mangelte, denn sie legen sämtlich im Kollektivs hinter dem Vordruck.
Denn in Kemischeid zurückgebliebenen Vertreter des Vorstandes ging es denn bald so ähnlich wie dem Kollegen Pöh. Auch er wurde in lebenswichtigen Angelegenheiten einem Streiktrupp ausgesetzt, das Büro zu verlassen, und in nicht maßgebender Weise einige Anträge angelehnt.
Unter solchen Umständen ging Pöh freiwillig und für 1923 wurde als erster Bevollmächtigter Erone gewählt, zweiter Bevollmächtigter wurde Gehal und erster Kassierer Erone. Früher war es Erone, der die Geschäfte führte, um die folgenden Kollegen aus dem ganzen Verbandsgebiet zur Besetzung anzufordern und unter diesen eine zweckdienliche Auswahl zu treffen. Daß eine Mitgliedschaftsbewerber von mindestens fünf Jahren notwendig ist, um die Ämter des Verbandes zu übernehmen, gilt nur für „Reinverwalter“. In Kemischeid wurde das alles nicht mit angesehen, denn das richtige Parteimitglied. Der zweite Bevollmächtigte Gehal betonte sich auch im Jahre 1918 bei der Verabschiedung der Stuttgarter Statuten über den Termin der Mitglieder des DMS, die ihn absetzten als Mitglied haben wollten. Ende 1919 kam auch dieser Mann mit dem großen Stimm zum DMS und bereits am 1. März 1923 war er wohlwollender „König“.
Die Verhandlung derjenigen Mitglieder, die sich nicht jeden Sorgen machen in der Leitung nach Erone versetzen, wie die Angelegenheiten nach Erone, wurde immer dringender. Am 2. März ging es zu Verhandlungen. Verhandlungen wurden gemacht in Verhandlungen Kollegen Pöh geschickten von Mitgliedern in Kemischeid. Verhandlungen des Verbandes werden in dringender Weise abgelehnt: Mitglieder, deren Name und Namen nicht, werden nicht nur in den Verhandlungen gemacht, sondern auch noch und noch bedrückt. In Verhandlungen auf Kemischeid auf, um bei nächsten Verhandlungen abgelehnt. Der Verhandlung durch den Vorstand geschickten hat Erone einen letzten, Spitz, wird ein Verbot angekündigt, was im nicht absetzt, während des Verfahrens wieder in anderen Verhandlungen des gleiche zu tun. Die Unterhandlungen...

beauftragt besonders wegen der letzten Propagation den Ausschluß aus dem Verband. Der Vorstand mildert das Urteil auf halbherzigen Ausschluß von Besprechungen und Sitzungen. Trotzdem läßt ihn die Ortsverwaltung weiter in Besprechungen und Sitzungen an der Ortsverwaltung teilnehmen, obwohl er nicht einmal Mitgliedschaft besitzt. Für diese Propagationen erhält Erone noch besondere Geldleistungen von der Ortsverwaltung, wie wir aus den Aufträgen der Statuten erfahren konnten.
Der DMS hat den Ortsausschuß in Kemischeid auf, weil er nur noch in der Bekämpfung des DMS tätig ist. Der bekannte Sekretär Jannal referierte auf der jüngeren Weimarer Konferenz der Ortsausschüsse, die in Erfurt stattgefunden hat und von unserm dortigen Bevollmächtigten als Konferenz des DMS bei der Behörde angemeldet war. Pöhlgenmäßig weist der Vorstand die Ortsverwaltung an, keine Zahlungen an den aufgehobenen Ortsausschuß zu leisten, ebensowenig an den neugebildeten „Kreisausschuß“. Die Ortsverwaltung lehnt sich nicht daran und subventioniert diese kommunistische Zentrale zur Gewerkschaftspaltung ruhig weiter, teilt aber dem Vorstand mit, daß Erone nicht mehr beteiligt worden seien, obwohl die Quittungen der Statuten mit der Unterschrift Jannals ihre Mitteilung künden. Eine Propagation des Vorstandes reicht sich an die andere.
Der Vorstand hat von sofortigem Eingreifen Abstand genommen, um den Kampf der Arbeiter nicht zu gefährden. Dennoch war der Ausgang derselben ein ungeheurer Zusammenbruch der Verwaltung.
Bei solcher Führung der Mitgliedschaft mußte die Verwaltung zusammenbrechen und dieses wurde offenbar bei den inzwiischen erfolgten Betriebsräteahlen. In dem größten Betrieb Kemischeid, der Bergischen Stahlindustrie mit einer Belegschaft von circa 3000 Arbeitern, wurde bei einer Beteiligung von circa 300 Abstimmen ein Betriebsrat gewählt aus 141 Christen und fünf Hirschen-Dunderschen. Nicht einmal eine Liste wurde durch unsere Ortsverwaltung aufgestellt. Im Mannesmann-Werkwerk besteht der neugewählte Betriebsrat aus 11 unorganisierten. Angefaßt dieser Zustände entschloß sich der Vorstand, einen Beauftragten nach Kemischeid zu entsenden, der im Zusammenwirken mit der Ortsverwaltung den Wiederaufbau der Verwaltungstelle leiten sollte. Der Betriebsratssekretär des Hauptbüros Stuttgart, der Kollege Fischer, wurde mit der Aufgabe betraut und durch den Bezirksleiter den Geschäftsführern vorgestellt.
Der Empfang des Kollegen Fischer geschah nach berechtigter Kemischeider Art. Die Ortsverwaltung lehnte eine Aussprache mit dem Kollegen Fischer rundweg ab. Zur Sitzung wurde er nicht zugelassen und man ließ ihn dreierlei Stunden draußen warten, und dann eröffnete ihm eine Kommission unter Führung des ersten Bevollmächtigten, daß die Ortsverwaltung es ablehne, Fischer überhaupt anzuhören, und ebenfalls jede Zusammenarbeit mit ihm ablehne. Sein Verbleiben auf dem Büro wurde ebenfalls abgelehnt. Als Fischer sah, ihm wenigstens die vom Vorstand an ihn adressierten Briefe auszuhandeln, da war es die höchste Zeit, das Büro rückwärts zu verlassen. Bei dieser Gelegenheit zeigte sich der bereits gekennzeichnete zweite Bevollmächtigte Gehal durch besondere Brutalität aus. Das war das dritte Mal, daß auf dem Wege des DMS in Kemischeid gegen Kollegen eine Gewalt angewendet wurde. Ein Skandal, der unter allen Umständen beendigt werden mußte.
Der Vorstand schickte an seinen Beauftragten Fischer nach Kemischeid einen Brief, in welchem noch einmal schriftlich seine nächsten Aufgaben anzuweisen wurden. Dieser Brief wurde von der Ortsverwaltung unterfalscht, gekümmert und in der „Bergischen Volksstimme“, mit gemeinen Verleumdungen versehen, veröffentlicht.
So sieht die Arbeit der Ortsverwaltung in Kemischeid aus, denn sie ist voll verantwortlich für diese Auslassungen in der Presse durch die Unterfalschung und Öffnung des Briefes, dessen Inhalt nur schmutzige Gefährdung derartig enthalten konnte. Diese Leute haben kein Interesse an der Sammlung der gereinigten Mitgliedschaft; sie haben auch kein Interesse an der Vertiefung der Arbeit, denn unter dem Schein der für die ständige Arbeitszeit fast die Unterfalschung von Erone. Die Kommunisten dürfen auch nicht zulassen, daß die Gewerkschaftsarbeit von jeder Parteiaktivität ferngehalten wird. Lieber lassen sie die Organisation zugrunde gehen. Die Verheerung durch die kommunistische Presse ist grenzenlos. Schreibt hoch die „Bergische Volksstimme“ am 27. März:
„Gestern sind unter Führung des Bezirksleiters Freitag die Freunde Robert Dührmann in Kemischeid eingetroffen und haben die Geschäftsstelle der Kemischeider Metallarbeiterorganisation „besetzt“. Die Besetzung erfolgte nach vorheriger Verkündung und im Einvernehmen mit dem Kemischeider Arbeiterrat.“
Man kann dem Vorstand nicht zumuten, gegen solche Gemeinheiten zu polemisieren.
Nachdem die Mitglieder auf diese Art genügend aufgepeitscht waren, betraf die Ortsverwaltung zwei Mitgliederversammlungen ein. Hier zeigte sich erneut, was von der Kemischeider Organisation noch übrig geblieben war. Trotz der mehrfachen Zeige mußte eine Versammlung überhaupt ausfallen, weil niemand erschienen war, und im Kollektivs wurde nur ein Mann zum Vorsitzenden gewählt (heißig) Knecht, und auf Anfrage wurde festgestellt, daß 25 von den Erschienenen in Arbeit standen. In dieser Versammlung wurde nichts mehr zu entscheiden, das hatte mit entgeglicher Grund. Die jährliche kommunistische Wahrscheinlichkeit besetzt.
Das Gerücht von den maßnahmen Spaltungsabsichten des Hauptverbandes ist durch den Antrag an Fischer genügend charakterisiert, außerdem war gegen kein einziges Mitglied der Verwaltung ein Verbot ausgesprochen, nichts war gegen die Ortsverwaltung unternommen, als nur zu ihrer Hilfe mit einmündigen Aufgaben der Kollege Fischer entsandt. Bei dem Stand der Kemischeider Organisation von Einheit der Arbeiterklasse zu reden, ist lächerliche Fehleinsicht.
So weit waren die Dinge in Kemischeid gekommen, als der Vorstand eines seiner Mitglieder erneut entsandte, um mit der Ortsverwaltung Verhandlungen zu führen, wie es der schriftlich geäußerte Wunsch derselben war. Am 4. April vormittags trafen Vorstand, Bezirksleiter und der Kollege Fischer auf dem Wege des Büro ein und ergriffen vorläufig eine Aussprache mit dem amwesenden Geschäftsführern Erone, Gehal und Erone. Trotz dringenden Ersuchen unterfalscht, eine verhältnismäßig-kegale Aussprache zu pflegen, um einen Weg zur Verhandlung zu finden, lehnten alle drei jede Unterhandlung ab. Erone verweigerte auch jede Erklärung zu seiner Parteimitgliedschaft vom 2. April, die ein Zusammenkommen doch außerordentlich erschwerte, er lehnte ferner ab, eine Erklärung zur Unterfalschung des Verbandsbüros an den Kollegen Fischer und zu seiner Verabschiedung in der Zeitung zu geben. Ganz und gut, alle Dinge, zu einer Verhandlung mit dem Geschäftsführern zu kommen, war verabschiedet. Nur im Falle der gesamten Ortsverwaltung wollten sie verhandeln. Daraufhin wurde die Mitgliedschaft sofort telefonisch eingeladen.
Als wir nachmittags um 5 Uhr zur Sitzung kamen, waren eine Anzahl Arbeiter (ob es alles Mitglieder waren?) vor dem Büro erschienen, die uns mit Geduldigen empfangen: Sekretär! Eintragender Speller, obwohl wir uns bisher auf das einzige um eine Verhandlung bemüht hatten. Woher aber wollten die Leute, daß wir in Kemischeid waren und daß wir um 5 Uhr zum Büro kommen würden, wenn nicht durch die Geschäftsleiter? Wir wollten aber noch Besseres erfahren. Wie wir in das Büro zur Sitzung kamen, waren die Türen abgeschlossen und ein angefaßter Jodel verriet, daß die Sitzung im Kollektivs stattfand. Diese Entscheidung wurde von dem Hauptgeschäftsführer der dringenden Entscheidung begleitet. Ein abgefaßter Speller, eine Verheerung des Verbandes, die um so schlimmer ist, weil das ganz gegen die Statuten. Das konnte nur herbeiführen, daß wir nicht gehen lassen, wenn wir nicht unter dem Schutz und Spott aller, nicht unserer treuen Kollegen, abgehen wollten.
Denn, nachdem wir wiederum, mit der Ortsverwaltung in Verbindung zu kommen. Auf telefonischen Anruf im Kollektivs wurde uns die Antwort, daß noch kein Geschäftsleiter anwesend sei. Wir trafen den Verbandstag an, das doch geschickten war, hat welche sich die Geschäftsleiter — auch bezügl. es ist die Tochter des Bevollmächtigten — und erklärte auf alle Fragen, daß sie nichts...

wüßte. Endlich erreichten wir den Bevollmächtigten, er erklärte auf unsere Frage nach der Verlegung der Ortsverwaltungsstelle auf den eigenen Verhandlungsraum, es müsse verhindert werden, daß es im Hause unserer Partei zwischen der Arbeiterschaft und uns zu Zusammenstößen käme. Diese rührende Sorge um unsere persönliche Sicherheit, die im Volkshaus wahrscheinlich besonders gewürdigt sein sollte, wird illustriert durch ein Plakat, das zu gleicher Zeit am Fenster des Kollektivs nach der Straße zu angeheftet war und folgendermaßen lautete:
Achtung! Metallarbeiter!
Die Stuttgarter Spalter sind heute morgen erneut wieder angekommen.
Metallarbeiter!
Fragt sie schnellig, was sie hier wollen? Sonst aber müßt ihr ihnen Auskunft geben können.
Das war das Signal für die aufgepeitschten und irreführten Arbeiter; so mußte eine Programmaktion entstehen, und ausgerechnet in dieses Volkshaus verlegte die Ortsverwaltung zum Schutze unserer persönlichen Sicherheit die Sitzung!
Alle ferneren Verhandlungen, eine Ortsverwaltungsstelle mit dem Vorstand im eigenen Verhandlungsraum zu erreichen, scheiterten. Unsere Geduld war erschöpft.
In Voraussicht der kommenden Dinge erwirkten wir am 5. April vom Amtsgericht in Kemischeid eine einstweilige Verfügung, nach welcher die bisherige Ortsverwaltung unser Büro zu räumen hatte.
Am Montag den 7. April früh morgens waren uns durch die Stadt bereits über zwanzig Mann auf den Fersen und als wir das Büro erreichten, durften es wohl doppelt so viel gewesen sein. Nunmehr forderten wir die Geschäftsführer auf, uns die Schlüssel des Büros zu übergeben, da wir die Geschäfte der Verwaltungstelle durch den Vorstand weiterführen würden. Jetzt wollte Erone erst noch eine Ortsverwaltungsstelle machen. „Zu spät!“ riefen wir ihm sagen. Nachdem jedes Ersuchen unsererseits abgelehnt wurde, blies nichts anderes mehr übrig, als durch einen Gerichtsvollzieher das Büro räumen zu lassen. Nachmittags haben wir dann das Büro von dem Gerichtsvollzieher übernommen und versucht, Einzug in die bisherige Tätigkeit der Ortsverwaltung zu erhalten. Quert zeigte sich, daß die aus Beitragsammellarten bestehende, allein richtige Kartothek besetzt war. Die Schränke und der Keller lagen voll von Mitgliedsbüchern Ausgetretener und Gefährlicher. Am schlimmsten sah es in der Halle aus. Eine Lieberlichkeit, eine Schlampe, ein Verbrechen wurde hier an den Mitgliedern begangen. Die Einmahlmessungen für Haupt- und Kolossalsteine enthielten seit dem Abschluß des Jahres 1922 nicht eine einzige Eintragung. Aus den Mitteln der Hauptkasse überhande Streitunterstützungsgelder in Höhe von 57 000 G.M. waren ebenfalls nicht eingetragen. Auch keine verkaufte Beitragskarte und keine abgegebene Erwerbslosenkarte war in diesen Büchern eingetragen. Im Ausgabeaufschuß der Hauptkasse war die letzte Eintragung der Abschluß für das 3. Vierteljahr 1923. Geradezu fürchterliche Zustände! Belege und Quittungen eine ganze Menge, ungeordnet, nicht eingetragen, keine der vorgeschriebenen Listen (Beilagen) angefertigt; keine Arbeiten für die Abrechnung des 1. Vierteljahres 1924, das bereits abgelaufen war. Nichts, gar nichts. Diese Ortsverwaltung hatte guten Grund, eine Zusammenarbeit mit einem Vertreter des Vorstandes zu scheuen.
Unter den Ausgabebelegen fanden wir aber die bereits genannten Zahlungen an den aufgelösten Ortsausschuß und den Kreisausschuß, Zahlungen für Besprechungen an den von Besprechungen und Sitzungen ausgeschlossenen Listen, Quittung a über horrenden Ausgaben für Schreibmaterial, aber keinen Bleistift und keine Schreibfedern, dafür aber die leeren Bleistiftgehäusen. Alles das war besetzt.
Auf den Schreibtischen der Bevollmächtigten und Geschäftsführer fanden sich aber die Rundschreiben der sog. Fraktionskommission der Weimarer Konferenz, die bekannte Anweisung des Direktors der SPD zur „Ausschaltung kommunistischer Betriebsratsmitglieder“, auch wenn sie keine guten Gewerkschafter sind. In einem Schreibtisch fanden sich die ganzen Quittungen über Ausgaben der SPD-Fraktion der Metallarbeiter. Dazu brachten wir in Erfahrung, daß in der Vorwoche ein großer Wagen voll aller Mitgliedsbücher als Materialverkauft worden war. Das waren alles frühere Mitglieder der fast reiflos organisierten Kemischeider Arbeiterschaft, davon gelassen unter dieser glorreichen kommunistischen Führung. Nach einer mühsam errechneten Übersicht waren nicht mehr viel hundert Mitglieder vorhanden, wie diese „Revolutionäre“ von den „Reformisten“ Tausende als Erbe übernommen haben. Ein verheißungsvoller Anfang in der Organisation der Kemischeider Arbeiterschaft; begeisterungsvolle Vertreter aus gewerkschaftlicher Führung, das bestanden hat bis zum Tage der Übernahme der Geschäfte durch von der kommunistischen Partei abhängigen Menschen, deren Tüchtigkeit im umgekehrten Verhältnis zu ihrem W—unde stand. Dies mühsam aufgebaute Gebäude ist schmächtig gerümpelt unter rein kommunistischer Leitung. Ein großer Fonds ungetrübter Kollegialität ist verworfen durch kommunistische Unblamkeit, Raub und Wegelagerermentalität. Was dort zerfallen wurde, kann nur jemand nachfühlen, der an der Errichtung langer Jahre mitarbeitete; das Gefühl ist furchtbar schmerzhaft. Mit dieser Arbeiterschaft ist ein unerhörtes, grauenvolles Spiel getrieben worden und Jahre intensiver Arbeit werden die Spuren nicht vernichten.
Erone und Genossen eröffneten sofort ein neues Büro im Volkshaus, teilten das der Stadtverwaltung und dem Arbeitgeberverband mit und suchten uns durch einen Antrag bei der Post die Gebühren zu sperren. Selbstverständlich haben wir einen biden Kiegel davor geschoben, denn als Deutscher Metallarbeiter-Verband konnten sie sich verbandsrechtlich nicht mehr bezeichnen. Fühlten sie sich im Recht, mußten sie den faktarischen Weg gehen.
Gegen die Übernahme des Büros durch den Vorstand erhoben diese Leute Einspruch beim Amtsgericht durch einen Rechtsanwalt mit dem Erfolg, daß der Gerichtsvollzieher das Büro schloß, weil es einem unbetätigten Dritten nicht übergeben wollte. Großer Jubel in der „Bergischen Volksstimme“ wegen unserer Unblamkeit, die allerdings nur einige Stunden währte, bis wir einen anderen Raum gefunden hatten.
Inzwischen war die auf sieben Tage laufende einstweilige Verfügung abgelaufen und durch ein Versehen der Gerichte kam es zu keiner rechtzeitigen Entscheidung. Dadurch gelang es Erone und Genossen, das Büro wieder auf einen Tag in Besitz zu bekommen, und nun zeigte sich, was sie eigentlich vorhatten. Es kam ihnen darauf an, die Einrichtungen unseres Verbandes zur Errichtung der neuen kommunistischen Gewerkschaft, der Industrieorganisation zu gebrauchen. Im früheren Gefühl, daß die Einrichtungen des Büros Eigentum des Gesamtverbandes sind und ihnen nicht gehört, benutzten sie die erreichte Gelegenheits zur Entsendung der außerordentlich wertvollen Parteimitglieder. Mit einem Auto der Konjunktionsgesellschaft, die sich selbstverständlich auch in kommunistischen Händen befindet, wurden geschleht: Schreibstühle, Kartothekenschränke mit Inhalt, zwei Schreibmaschinen, zwei Schreibmaschinen, Stühle, Akten, Aktengehäuse, Archiv, Verträge und eine anendliche Menge kleiner Dinge. Alles wurde in das Kollektivs geschafft und das Büro eines neuen Verbandes eröffnet.
Das Landgericht in Elberfeld erließ auf unsern Anruf eine Verfügung, nach welcher uns die Übernahme des Büros angepöbelte wurde und die Verpflichtung an die frühere Ortsverwaltung, alle entfallenen Gebührende, die dem DMS gehören, sofort zurückzubringen bei Vermeidung einer Geld- oder Haftstrafe. Daran haben sich diese Herrschaften natürlich nicht gekümmert, so daß wir gezwungen sind, zur Befreiung der Rechte des DMS weitere Schritte gegen diese Leute zu unternehmen.
Jetzt sind wir dabei, die vorhandenen Trümmer zusammenzuholen zum Wiederaufbau der Verwaltungstelle. Ein erheblicher Teil unserer alten, wirklichen Gewerkschafter stellte sich sofort zur Mitarbeit ein, dazu auch kommunistisch organisierte Kollegen, welche uns dringend ersuchten, den bisherigen Zuständen ein Ende zu bereiten. Die Zugehörigkeit zu einer politischen Organisation schließt bekanntlich eine Mitgliedschaft im DMS nicht aus, wenn sich jeder innerhalb des Verbandes an Statuten, Beschlüsse und gewerkschaftliche Grundzüge hält.

Die Aussperrung an der Waffentante

J. B. Die Metallindustriellen sind unter dem Arbeitgebertum Deutschlands die größten Scharfmacher, unter ihnen sind die Werkstätten der allergrößten. Seit acht Wochen sind die Werftarbeiter auf die Straße geworfen. Es ist immer wieder notwendig, das Verhalten der Werftarbeiter zu kennzeichnen. Ein verbindlich erklärter Schiedspruch, der ihnen nicht paßt, wird nicht in die Tat umgesetzt, und selbst als die Klageführung den Arbeitgebern nichts nützte, sondern das Landgericht Hamburg durch Urteilsspruch feststellte, daß die Verbindlichkeit des Schiedspruches rechtsgültig ist, taten sie nichts, um diese Rechtssätze zu verwirklichen. Im Gegenteil, sie schufen sich mit Hilfe von sogenannten „Unparteiischen“ eine andere Rechtsgrundlage, indem sie ohne Beteiligung der Arbeitervertreter einen neuen Schiedspruch fällten und innerhalb 14 Tagen für verbindlich erklärten. Hiermit haben sie sich den Verdacht für ihr jetziges Vorgehen geschaffen. Am 29. März bemühte sich der Reichsarbeitsminister, nachdem kurz zuvor unter jenem Vorzeichen eine Beendigung des Fabrikarbeiterkampfes herbeigeführt wurde, auch um eine Verständigung zwischen den Parteien in der Werftarbeiteraussperrung. Es war ihm nicht möglich, in einer mehr als 17tägigen Verhandlung eine Grundlage für die Wiederaufnahme der Arbeit zu schaffen. Ergebnislos mußte diese Verhandlung abgebrochen werden. An der Ergebnislosigkeit dieser Verhandlung war nur das Verhalten der Arbeitgeber schuld. Es geht schon daraus hervor, daß selbst der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns den gesamten Arbeitervertretern erklärte, das Verhalten der Werftarbeiter mache es ihm unmöglich, weiter zu verhandeln. Im Beisein von Arbeitervertretern, Schlichtungsausschussvorsitzenden und Schlichtern haben sich die Werftarbeiter nicht geschämt, im schlimmsten Gassenjargon über das Reichsarbeitsministerium herzugehen. Aber hinter diesem Manthelndum verbirgt sich doch etwas wie Angst vor der eigenen Courage. Besonders wohl scheinen sich auch die Werftarbeiter bei der Aussperrung nicht zu fühlen. Im ganzen Reiche suchen sie Zeit gesamerer Zeit Facharbeiter aller Art nach den Werksorten, bisher allerdings mit vollständiger Erfolglosigkeit. Lediglich Werkmänner, technische Hochschüler und ähnliche „bessere Leute“ haben sich zu Streikbrecherarbeiten bereit gefunden. Man muß sich nur wundern, daß diese Leute so ganz plötzlich alle Scheu vor der Arbeit abgestreift haben. Die stark unstrukturierte Dristklasseneinteilung, nach der neuerdings der Spitzenlohn in Hamburg für gelernte Facharbeiter 46 bis 52 M , in Bremen 42 bis 47 M , in den übrigen Nordseewerksorten 41 bis 46 M , in den Ostseewerksorten 40 bis 44 M und in Rostock, Lönning und Wismar 37 bis 41 M betragen sollte, macht den Herren Werftarbeitern auch bereits Sorgen. Die Direktion der „Reptommer“ in Rostock hat ihrer Arbeitervertretung nämlich erklärt, daß sie nicht interessiert daran sei, in eine besonders herausgehobene niedrige Dristklasse eingruppiert zu sein. Wenn man die obengenannte Lohnhöhe für Facharbeiter als Maßstab für die Löhne der angeleiteten und unangeleiteten Arbeiter anlegt und dabei in Rechnung stellt, daß ein wesentlicher Aufwandsverdienst nicht zu erzielen ist, die unangeleiteten Arbeiter nur Lohnarbeit verrichten müssen, dann wird klar, um was die Werftarbeiter kämpfen.

Bereits im Laufe der letzten Woche wurde bekannt, daß die Werftarbeiter willkürlich, wie sie ihre Tore geschlossen haben, sie auch wieder öffnen wollen. Jedemfalls gehen sie von der Voraussetzung aus, den Willen der Werftarbeiter durch die achtwöchige Aussperrung gebrochen zu haben. Ganz sicher scheitern sie sich dessen aber nicht zu sein, weshalb den Arbeitern noch eine Kopfpein gegeben wird. Selbstverständlich ist, daß die Herren in ihren Berufslieferungen versuchen, den Gewerkschaften für den harten Kampf die Schuld zuzuschreiben. Aber damit allein ist es nicht geschafft. Sie bieten für gelernte Arbeiter 40 bis 54 M , angeleitete 46 bis 51 M und für unangeleitete Arbeiter 40 bis 44 M Stundenlohn, jugendliche Arbeiter sollen 12 bis 40 M pro Stunde je nach Altersklasse erhalten. Bei den Vorarbeiten sollen die dazu üblichen Zulagen und die Sozialzulagen unverändert bleiben. Auf diese Sozialzulagen sind die Herren ganz besonders stolz. Für Überstunden sollen für die ersten beiden 20 v. H. und für die weiteren 40 v. H. Aufschlag gezahlt werden. Die regelmäßige Arbeitszeit soll aber neun Stunden täglich betragen, wofür noch eine besondere Vergütung angegeben ist. Aber all das scheint den Herren immer noch nicht verlockend genug für die geschürzte Arbeiterkraft zu sein. Sie haben plötzlich auch ein Einsehen für die Notlage der Arbeiterkraft. Sie wollen den Arbeitern nach Wiederaufnahme der Arbeit auch noch Borzüge in Höhe von drei Tagelöhnen gemähren. Ob die Werftarbeiter wirklich geglaubt haben, daß sie mit einer Versöhnung, die bekanntlich, daß sie die Tore wieder geöffnet haben, die so brutal auf die Straße geworfene Arbeiterkraft wieder zu bekommen, ergebnislos zweifelhaft. Daß sie aber den Versuch überhaupt gemacht haben, erklärt sich daraus, daß die Arbeitgeber bestimmt annehmen, aus der Forderung des Organisationsverhältnisses unter den Werftarbeitern für sich Kapital schlagen zu können. Es steht jetzt fest, daß in allen Orten der Auf der Arbeitgeber nach den Arbeitern nutzlos gewesen ist. Es hat nirgends eine Arbeitsaufnahme stattgefunden, trotzdem die bürgerliche Presse nicht unterlassen hat, die Werftarbeiter in ihrem Vorgehen zu unterstützen. So schreibt zum Beispiel ein bürgerliches Blatt, welches sich sonst nur mit Fußball und ähnlichem Sport beschäftigt, von einer „unerhörten Verantwortungslosigkeit der Gewerkschaftsbonzen“.

Wäre die Arbeiterkraft dem Rufe der Arbeitgeber gefolgt, so wären auf unabsehbare Zeit die Gewerkschaften als Tarifkontrahenten ausgeschlossen und die Arbeiter hätten keinerlei Möglichkeit gehabt, bei der Festsetzung der Löhne und Arbeitsbedingungen mitzuwirken. Die Werftarbeiterkraft ist aufklärt genug, um keinen Verrat an sich selbst zu begehen.

Es soll hier aber auch noch einmal festgehalten werden, daß nicht nur die bedeutendste Forderung des Organisationsverhältnisses in einzelnen Werksorten die Arbeitgeber zu ihrem Vorgehen ermuntert hat, sondern auch die Kollegen, die sich als „Opposition“ bezeichnen, haben daran ein gut Teil Schuld. Besonders zu Anfang der Bewegung hat man allerorts die Werftarbeiter geradezu mit einer Flut von Flugblättern der „Opposition“ übersättigt. Sätten die Gewerkschaftsleitungen auf diese gemeinen Anwürfe und Verdächtigungen geantwortet, wäre die Flut der Flugblätter ins unermeßliche gestiegen. Genau so ist es mit den vielen von der Opposition einbreiteten Versammlungen gewesen. Ein bezeichnendes Beispiel: Das Hamburger Fremdenblatt bringt am 9. April eine Notiz, wonach der Hamburger Schlichter die streikenden Parteien zum darauffolgenden Tage zu einer Besprechung eingeladen hat. Bei dieser Besprechung haben sich die Parteien gegenseitig nicht einmal zu sehen bekommen, sondern der Schlichter hat sich nachher bei ihnen über „die Lage informiert“. Diese Tatsache genügt aber sofort, die „oppositionellen freigewerkschaftlichen Betriebsräte“ zu veranlassen, ein Flugblatt herauszugeben, in dem gegen den beschäftigten Verrat der Gewerkschaftsleitungen Losgezogen wird und man die ausgesperrten Werftarbeiter zu einer Protestversammlung eingeladen hat. Der Erfolg dieser Versammlung dürfte ausbleiben, weil die ausgesperrten Werftarbeiter diesen Lockungen die Gefolgschaft verweigert hätten. Aber müssen nicht aus solchen Dingen die Werftarbeiter den Schluß ziehen, daß sie es mit einer außerordentlichen Zerschmetterung im Arbeiterlager zu tun hätten und daß sie aus dieser Zerschmetterung sich Vorteile ziehen könnten? Bis jetzt haben die Gewerkschaften noch die Zeitung fest in ihren Händen, und nur den Maßnahmen der Gewerkschaften ist es zu verdanken, daß die Wiedereröffnung der Betriebe ein Zielobjekt für die Werftarbeiter war.

Es ist natürlich nachfolgend, daß bei einem Wirtschaftskampf von der Art und Dauer der Werftarbeiteraussperrung auch die „Schuldfrage“ in weitesten Kreisen erörtert wird. Besonders nach dem Scheitern der letzten Verhandlungen verschärfen die Werftarbeiter immer wieder die öffentliche Meinung zu beeinflussen mit der Behauptung, daß die Gewerkschaften schuld seien an der langen Dauer des Kampfes. Wenn auch die Gewerkschaften keineswegs geneigt sind, sich dem Verrat der Werftarbeiter zu fügen, so sind sie doch verpflichtet, sich gegen ungerechte Anschuldigungen zu wehren und einer Fällung der öffentlichen Meinung vorzubeugen. Daß die Notwendigkeit hierzu besteht, beweist folgendes: Die bürgerliche Presse meldet, wie aus allen Werksorten, so auch aus Kiel, daß die Öffnung

der Betriebe erfolglos war, sagt aber hinzu: „Die Arbeiterkraft wird mit dieser Abweisung des Angebots der Werksorten wenig Verhängnis in der Bürgerkraft finden, die ihr bisher viel Sympathie in ihrem Kampf entgegengebracht hat.“ Bei dieser Auffassung der bürgerlichen Presse ist es gut, einmal einen Krugzeugen zu Worte kommen zu lassen. Das WZB, dem gewöhnlich keine Arbeiterfreundlichkeit nachgerühmt werden kann, vertritt aus Bremen die Ausführungen des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns in einer Wählerversammlung. Dr. Brauns sagte nämlich: „Ich habe mich redlich bemüht, in der Werftarbeiteraussperrung eine Vermittlung zu finden, für die mir damals die Arbeitervertreter dankbar gewesen wären. Allerdings füge ich hinzu, daß der Arbeitgeber die Brücke zur Verständigung geschlagen gewesen ist, und bedaure, daß diese Möglichkeiten nicht benutzt wurden. Ich habe den Mut, das öffentlich auszusprechen.“

Durch diese Äußerung wird klar zum Ausdruck gebracht, daß die Arbeitgeber den Weg zur Verständigung nicht beschritten wollten. Die Arbeiterkraft sollte sich bedingungslos unterwerfen.

Was den Werftarbeitern bei der Arbeiterkraft nicht gelungen ist, versuchen sie jetzt bei den Angestellten. Nachdem die Angestellten zunächst wegen der Aussperrung „beurlaubt“ waren, hat man ihnen jetzt folgendes Schreiben zugeandt:

„Bei verschiedenen Werksorten haben sich die kaufmännischen Büroangestellten bereit gefunden, im Betriebe Handarbeit zu leisten. Wir nehmen an, daß auch bei anderen Angestellten dieser Wunsch (17) besteht. Wir würden diese Angestellten sofort nach Arbeitsaufnahme in den Genuß der erhöhten Gehälter gelangen lassen und werden uns vorbehalten, ihnen darüber hinaus, bei wirklich produktiver Arbeitsleistung, eine besondere Vergütung zu bezahlen. Sollten Sie bereit sein, im Betrieb praktisch zu arbeiten, erbitten wir Ihren Bescheid und Ihre Bereitwilligkeit auf unsern Antrag zum Austritt dieser Tätigkeit.“ Auch mit diesem Mittel wird den Werftarbeitern ein Erfolg nicht beschieden sein.

Die Aussperrung in Mannheim

Am 11. April d. J. erfolgte in den Betrieben der Mannheimer Metallindustrie folgende Bekanntmachung:

Infolge der Vorgänge bei der Firma Heinrich Lanz kündigen wir hiermit auf Beschluß des Verbandes der Metallindustrie unserer gesamten Belegschaft auf Donnerstag den 17. April mit Arbeitschluß. Diese Kündigung wird zurückgenommen, sobald bei der Firma Lanz die Arbeit wieder aufgenommen ist.“

Die Aussperrung von etwa 2500 Metallarbeitern wurde tatsächlich am vorgesehnen Termin durchgeführt, nachdem die Lanzsche Arbeiterkraft sich den Bedingungen ihrer Firma nicht unterwarf und im Zustand weiter verharrete. Was ist nun eigentlich vorgegangen? Nichts weiter, als daß die Arbeiter der Metallindustrie Forderungen auf höhere Löhne stellten, weil sie mit ihren Verdiensten auch nicht im entferntesten mehr die Kosten für den Lebensunterhalt bestreiten konnten, weil sie sich schämten, noch länger die Hilfe des häßlichen Fürsorgeamtes für ihre bedürftigen, notleidenden Familien in Anspruch zu nehmen. Wiederholt hatte unsere Ortsverwaltung in den Verhandlungen mit dem Verband der Metallindustriellen den Unternehmern nachgewiesen, daß der derzeitige Lohnstand infolge der nennenswerten Steigerung der Lebenshaltungskosten für die Arbeiterkraft untragbar ist. Durch Gegenüberstellung von Verdiensten anderer Berufsgruppen am Orte wurde der Beweis erbracht, daß die Metallindustrie die niedrigsten Löhne bezahlt. Wiederholt legte man den Arbeitgebern in eindringlicher Weise dar, wie ihre verkehrte Lohnpolitik jede Arbeitsfreude unterbindet, die Produktion lähmt und schließlich die Arbeiterkraft der Verzweiflung in die Arme treibt. Es war alles vergebens. Mit Rücksicht auf die Konkurrenz sind höhere Löhne für unsere Industrie nicht tragbar; durch Gewährung höherer Löhne feuern wir einer neuen Inflationsperiode entgegen. Das waren die heresytischen Argumente der Metallindustriellen. Diese Begründung der Unternehmer ist haltlos. Wenn aber nun gar noch die „hohen Löhne“ als Ursache für die vergangene Inflation bezeichnet werden und eine Lohnerhöhung zurzeit die Inflation im Wanken bringe, so übersteigt das die Grenze des Erträglichen. Solches aus dem Munde derer zu hören, die Nutznießer der Inflation waren, die sie herbeigeführt und gefördert haben, die nur zu gut wissen, daß die zur traurigen Vermüthung gelangten Hungerlöhne der deutschen Arbeiter niemals einen Anlaß zur Geldentwertung gegeben haben, noch geben werden, ist geradezu ein Skandal. Sehr bestrebend wirkt es aber, daß die beherrschenden Schlichtungsinstanzen, die im Lohnstreit angerufen wurden, sich den begründeten Lohnforderungen der Metallarbeiter verschlossen und sich für eine vollständig unzulängliche Erhöhung der Löhne entschieden. Die Schiedsprüche liefern erneut den Beweis, daß die wirtschaftlichen Organisationen der Unternehmer es infolge ihres politischen Einflusses verstanden haben, das Reichsarbeitsministerium und seine untergebenen Stellen sich dienstbar zu machen.

Nachdem durch die Verhandlungen kein für die Arbeiter befriedigendes Ergebnis erzielt wurde, versuchte die Belegschaft der Firma Heinrich Lanz, durch Einzelverhandlungen mit ihrer Vertretung die Löhne zu erhöhen. Auf Betreiben des Metallindustriellen-Verbandes verweigerte die Firma Zugeständnisse. Dies löste innerhalb der Arbeiterkraft eine steigende Erregung aus, die sich zum Teil in passiver Resistenz äußerte. Daraufhin sperrte die Direktion am 9. April die Belegschaft aus. Die Selbstaussperrung folgte.

Ungefähr eine Woche nach Schließung der Betriebe unternahm Oberregierungsrat Emele vom Arbeitsministerium Karlsruhe den Versuch, den Konflikt zu schlichten. Der Versuch mißlang. Das Angebot der Metallindustriellen konnte selbst die beschreibendsten Ansprüche der ausgesperrten Metallarbeiter nicht befriedigen und wurde von den Vertretern der Arbeitnehmer abgelehnt.

Nach den vorgesehnen Lohnsätzen dieses Angebots würden verheiratete, über 25 Jahre alte unangeleitete Lohnarbeiter ein Nettowochenentlohn von rund 18 bis 19 M beziehen und das Einkommen eines gelernten Facharbeiters im gleichen Lebensalter würde sich zwischen 25 und 30 M bewegen. Niemand wird zu bestreiten wagen, daß diese Löhne ausgebrochene Hungerlöhne sind. Und was wir wiederholt schon festgestellt, daß die Metallindustriellen ihre Arbeiter gegenüber allen anderen Berufsgruppen in Mannheim am schlechtesten entlohnen, bestätigt sich aufs neue. Das Angebot demonstriert so recht den rücksichtslosen Ausbeuterstandpunkt der Mannheimer Industriemagnaten. Das Angebot ist nichts weiter als ein Spiel mit Zahlen, um die Arbeiter über die Auswirkung zu täuschen und verzuzeln den Unternehmern durchaus keine Mehransgaben, bringt ihnen im Gegenteil noch Ersparnisse.

Es handelt sich darum, die Lebenshaltung der Mannheimer Metallarbeiter nicht einschränken lassen und werden in Gefolgschaft und Ausdauer mit Einsatz ihrer ganzen Kraft den ihnen angezwungenen Kampf bis zum Erfolg durchsetzen. Sie sind sich der Tragweite ihrer Handlung voll bewußt und wissen wohl, daß sie einem erdarmungslosen Gegner gegenüberstehen, dessen Rücksichtslosigkeit keine Grenzen kennt. In dem Bewußtsein, der tatkräftigen Hilfsbereitschaft aller Kollegen im Reiche und über dessen Grenzen hinaus rüber zu sein, bilden sie vertrauensvoll in die Zukunft.

Die Metallarbeiter haben sich durch den brutalen Gemetzel ihrer Arbeitgeber nicht einschüchtern lassen und werden in Gefolgschaft und Ausdauer mit Einsatz ihrer ganzen Kraft den ihnen angezwungenen Kampf bis zum Erfolg durchsetzen. Sie sind sich der Tragweite ihrer Handlung voll bewußt und wissen wohl, daß sie einem erdarmungslosen Gegner gegenüberstehen, dessen Rücksichtslosigkeit keine Grenzen kennt. In dem Bewußtsein, der tatkräftigen Hilfsbereitschaft aller Kollegen im Reiche und über dessen Grenzen hinaus rüber zu sein, bilden sie vertrauensvoll in die Zukunft.

Wucherpreise in der Radioindustrie

Daß dem Radiowesen eine große Zukunft gehört, erscheint heute bereits außer Frage. Es wäre wünschenswert, wenn in jedem Arbeiterheim ein gut funktionierendes Radioapparat stehen würde, der in das doch meist so freudlose Dasein etwas Licht in Gestalt von Musik und wissenschaftlichen Vorträgen bringen würde. Die Preise für die Apparate sind heute aber noch unerwünscht hoch. Besonders bei den niedrigen Hungerlöhnen, die das Kapital bei dem Anwachsen der von ihm finanzierten bürgerlichen Bewegung dem Arbeiter zu bieten magt.

Das Radiokapital scheint mit einem Male reich werden zu wollen. So äußert sich in der Freitagsschrift die „Radio-Umschau“, die in Frankfurt a. M. erscheint, eine maßgebende Persönlichkeit der Radioindustrie über die Preispolitik im Radiowesen wie folgt: Allerdings sind heute die erstklassigen Apparate noch verhältnismäßig teuer, obgleich dazu kein Grund vorliegt. Ein Zweifelhäufener Empfänger kostet komplett mit Lampen und Schälchen in der Weltstellung nicht mehr als 13 Dollar, also etwa 55 Goldmark an Material und Lohn. Es sei also absolut kein Grund vorhanden, selbst unter Berücksichtigung noch so hoher Unkosten, Apparate mit weit über 100 M ans Publikum zu verkaufen, wenn sich die Preise erst etwas beruhigt hätte, kämen ganz von selber vernünftige Preisbildungen.

Soweit der maßgebende Radiosachmann, der es ja wissen muß. Was folgert daraus? Daß man jetzt im Kauf mit Radioapparaten zurückhalten soll. Und das um so mehr, als die Radiokapitalisten wie Pilze aus dem Erdboden hervorschießen.

Keine Detektorenapparate, die noch vor kurzem überhaupt nicht zu haben waren, kosteten noch vor einer Woche 50 bis 60 M . Bei Beginn der Frankfurter Messe waren solche bereits in gleicher Güte für 25 M zu haben. Detektorenapparate genügen für unser Arbeiterheim. Sie sind auch für den Gebrauch im Arbeiterheim ratsam, da sie nicht die laufenden Unkosten der Anodenbatterien, Lampen usw. verursachen. Nur haben die Detektorenapparate etwa eine Reichweite von etwa 35 Kilometer, können also nur zum Empfang einer nahen Sendestation benutzt werden. Also zum Beispiel innerhalb eines Radius von 35 Kilometer um Frankfurt a. M., Berlin, Leipzig, München usw., also in der näheren Umgebung von Städten, die bereits eigene Sender besitzen.

Daß die Preise auch für die Auslandsempfangsapparate (Zwei- und Vierwellenapparate) noch viel zu hoch sind, hat sich schon auf der Frankfurter Radiomesse gezeigt, wo eine Firma aus Berlin-Lichtenfelde einen tadellos konstruierten Zweifelhäufener für 120 M und einen Vierwellenempfänger mit 180 M anpreist. Allerdings für den Wiederverkäufer. Aber von 120 M bis 300 M ist ein weites Sprung, der durch nichts gerechtfertigt ist.

Es zeigt sich bei dieser hochmütigen Erfindung wieder für die privatrechtliche Wirtschaftsweise die betrübliche, aber natürliche Tatsache, daß die Erfinder großer technischer und anderer Entdeckungen fast leer ausgehen, während die Privatindustrie und der unproduktive Zwischenhandel Wuchergewinne in unerhörtem Maße zu erzielen vermag.

Sogar „die geistlichen Arbeiterpräziden sind empört“

Wie kürzlich hier schon erwähnt wurde, beginnen nun auch unsere christlichen Lebensgenossen das freibehaltene Spiel zu durchschauen, das ihre Ausleger mit ihnen treiben. Die Laibweise wehren sich, daß sich in den christlichen Tempeln die Wutausbrüche über Typisten und seine kläglichsten Kumpans häufen, ja daß sogar den geistlichen Vätern der proletarischen Herbe die Milch der frommen Denkart ausgegangen zu sein scheint. Man vernehme, was ein katholischer Pfarrer dem Blatte *Me n s c h e n* berichtet:

„Keum waren die Wunden des Krieges ein wenig vernarbt, da kam infolge der betrügerischen Weigerung der Besitzenden, Reparationen zu zahlen, die Ruhrbekämpfung. Wieder eine Kette von Leiden für das schon so oft belagerte Volk! Wieder verstanden es die großen Herren, die Arbeiter großenteils durch nationale Phrasen zu betören. Aber am Ende, Herbst 1923, erhielten sie den Dank...“

Das ist sicher, es herrscht eine große Erbitterung fast in allen Arbeiterkreisen über diese Art der Behandlung. Auch die geistlichen Arbeiterpräziden sind darüber empört. Aber die Arbeiter sind jetzt durch den „glorreichen passiven Widerstand“ und die Valutaauswucherung so mürbe und matt, daß sie keine Kraft haben zum Widerstand.

Jedoch unter der Asche glimmt das Feuer. „Sagt erst mal unsere Wägen wieder gefüllt sein“, rief kürzlich der Vorsitzende eines christlichen Arbeitervereins zornig aus, „dann kommt die Abrechnung.“ Selbst diejenigen, die über den Achtstundentag geteilter Meinung sind, entrüsten sich über die brutale und trauelose Art der Abschaffung. Wir wollen hier nur die Stimmung wiedergeben und die Tatsache, daß gewalttätiges Vorgehen nicht mehr wirkt...

Die Arbeiter sehen ihre Löhne allgemein niedriger als vor dem Kriege, aber sie müssen mehr leisten, mehr Kohlen fördern und die Kaufkraft des Geldes ist niedriger als früher. Ein Liter Milch, früher 15 bis 20 M , kostet jetzt 30, 34 bis 36 M und mehr. Dagegen sind die Abgaben und Lasten höher als früher. Einigen Arbeitern ist es gelungen, im nahen Ausland, zum Beispiel in Holland, auf den höchsten Erträgen und seiner Erbitterung, daß dort im anderen Lande höhere Löhne und meist niedrigere Lebensmittelpreise als in der Heimat sind.

Wer kennt sie nicht, die Gläubersprossionen aus den Industriestädten aufs Land während des Krieges? In letzter Zeit sah man es von neuem. Greise, Kinder, alte Mütterchen mit Körben und Säcken in vollgepackten Jüden, um einige Lebensmittel einzuholen. Da sehe ich, wie zwei Frauen und zwei Männer zusammen sechs Zentner Kartoffeln mit in die vierte Klasse schleppen. Eine Frau mit blauen, abgemagerten Wangen ergab sich gerade, daß ihr Mann 3,20 M den Tag verdient und nur drei Tage in der Woche arbeitet...“

Die Schilderung des katholischen Pfarrers ist die blanke Wahrheit. Nur hat er vergessen, zu sagen, wer in harten Maße zu dieser Dual der Arbeiterkraft beigetragen hat. Er hätte befragen müssen, die Sünden der Thijssen, Klöckner, Brauns, Demez, kurz der Zentnerkapitalisten und Politiker. Er hätte betonen müssen, daß den Arbeiterabgeordneten des Zentrums der Wille oder die Kraft freigezogen hat, die Sache der christlichen Arbeiterkraft gegen ihre Ausbeuter und Träger nachdrücklich zu unterstützen, andernfalls zum mindesten ein Stegertal in die Richtung der deutschen nationalen wirkenden Faktoren erhalten haben müßte.

„Danke kommt die Abrechnung“, meint der katholische Pfarrer. Das glauben wir auch. Auge um Auge, Zahn um Zahn! Daß dann kein Bolken unbeliggen bleibt, dafür sorgt die homöopathische Wucherhaftigkeit der raffenenden Patrioten und die Politik ihrer antiken und parlamentarischen Agenten.

Streiten oder „in den Sack hauen“?

Um diese Frage drehte sich ein Prozeß, der sich vor dem Gewerbegericht abspielte.

Die Maschinenform der Deutschen Werke in Spandau forderten eine Lohnerhöhung, die von dem Direktionsvertreter abgelehnt wurde. Dieser soll — wie die Formner behaupten — gesagt haben, wenn die Löhne zu niedrig seien, der Sinne aufhören und sich da Arbeit suchen, wo er mehr bekomme. Das hätten sie, die Formner, denn auch getan. Sie hätten nicht gestreikt, sondern — 72 an der Zahl — „in den Sack gehauen“, das heißt aufgehört, nur sich andere Arbeit zu suchen.

Die Zeitung der Deutschen Werke betrachtete aber das Vorgehen der Formner als einen Streik, teilte das dem Verband Berliner Metallindustrieller mit, der die Meldung an seine Mitglieder weitergab. Infolgedessen wurden einige Formner, die bei einer anderen Firma hätten anfangen können, zurückgewiesen, weil sie aus einem befreiten Betriebe kämen. Diese Formner forderten nun von den Deutschen Werken Schadenersatz, weil die Mitteilung, sie wären Streikende, unwohl sei. Die Kläger behaupten, es seien keine Streikenden angeheißelt und auch sonst nichts gefahren, was bei einem Streik sonst getan werde. Sie würden das nicht während eines Streiks — es war am dritten Tage nach dem Ausbruch des Konflikts — andere Arbeit gesucht haben. Alles das spreche gegen die Annahme, daß es sich um einen Streik gehandelt habe.

Das Gericht erkannte auf Abweisung der Klage mit der Begründung: Die Ankündigung der Firma, daß die Maschinenformner streikten, sei objektiv nicht richtig, weil die äußeren Merkmale eines Streiks — Streikpotenzen usw. — fehlten, aber die Firma habe nach Lage der Sache das gute Glauben sein können, daß ein Streik vorliege, für habe also nicht fahrlässig eine falsche Auskunft erteilt und Wunde nicht schadenhaftig gemacht werden.

